



„Die Pille danach soll für Frauen unter 20 auch ohne Rezept kostenfrei bleiben“

Zur bevorstehenden Freigabe der Pille danach aus der Rezeptpflicht

Heute soll der Bundesrat endgültig den Weg zur rezeptfreien Pille danach ebnen. pro familia freut sich über diese Entwicklung, denn langjährige internationale Erfahrungen zeigen, dass die rezeptfreie Vergabe unbedenklich ist – selbst bei minderjährigen Frauen.

Die geplante Regelung sieht für Frauen unter 20 Jahren vor, dass sie die Pille danach kostenfrei erhalten, wenn sie ein ärztliches Rezept vorlegen. pro familia begrüßt, dass der Gesetzgeber eine Kostenbefreiung für junge Frauen vorgesehen hat. Die geplante Vorgehensweise reicht aber nicht aus.

„Der wichtigste Vorteil der rezeptfreien Vergabe der Pille danach ist, möglichst schnell und unkompliziert nach einem ungeschützten Geschlechtsverkehr aktiv zu werden und eine ungewollte Schwangerschaft verhindern zu können. Wenn junge Frauen erst einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen müssen, geht dieser Vorteil verloren. Junge Frauen finanziell zu belasten, die sich die Pille danach rezeptfrei in der Apotheke besorgen wollen, ist der falsche Weg“, sagt Prof. Dr. Daphne Hahn, Bundesvorsitzende von pro familia.

„pro familia hat sich seit über 12 Jahren dafür eingesetzt, Hindernisse im Zugang zur Pille danach zu aus dem Weg zu räumen. Da der Anwendungserfolg am wahrscheinlichsten ist, je früher die Pille danach eingenommen wird, muss sie am besten unverzüglich zur Verfügung stehen. Bis jetzt erhalten junge Frauen die Pille danach umsonst. Dies muss auch für die rezeptfreie Pille danach gelten. Wir brauchen deshalb einen unbürokratischen, direkten Abrechnungsweg zwischen Apotheken und Krankenkassen.“

6.3.2015

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Stresemannallee 3
60596 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.